

Kredit... de Möbel... rne Betten... wahren und... rakturwaren... derwagen... Anzahlungen... Kaufhaus... tter... Co. ... ritzstr. 7... Trautorb... Märk... schule... Kinnig... luge... usinger... thma... räder... räder

# Dresdener Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Laden & Comp., Nr. 1238

Organ für das **werttätige Volk**

Verleger: Ernst Ewald, Dresden.  
Redaktion: Ewald, Dresden.  
Verleger: Ernst Ewald, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen... Schriftleitung: Wettinerplatz 10... Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Spaltenbreite...

Nr. 220 Dresden, Mittwoch den 19. September 1928 39. Jahrg.

## Bericht des Reichskanzlers

### Billigung des Kabinetts

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler berichtet dem Reichskabinett über die in Genf geführten Verhandlungen. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung des Reichskanzlers und der deutschen Delegation und dankte dem Reichskanzler für seine geschickte und fröhliche Führung der Verhandlungen.

Am Dienstag nachmittag empfing Reichskanzler die Vertreter der Berliner Presse. Er vermittelte einig darüber, daß es gelungen sei, endlich zu offiziellen Verhandlungen über die Rheinlandräumung zu gelangen; er fuhr dann fort:

„Vorhand hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das ein in eine Neuheit darstelle. Es schien bei Beginn der Verhandlungen nicht sehr leicht zu sein, zu einem solchen zu kommen. Vertreter der anderen Staaten haben bereit zu erkennen gegeben, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn die Sache auch weiterhin noch dilatorisch behandelt würde. Auch Eshendun hat angedeutet, daß man die Räumungsfrage doch besser später behandeln würde. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf die in der Rheinlandräumung hin. In ähnlicher Weise sprachen die Vertreter Belgiens und Italiens aus. Es ist dann aber doch, zunächst die Verhandlungen in einem Zustand zu bringen. Am letzten Sonntag wurde, nachdem das geschehen war, festgestellt werden, daß die Räumungsfrage offizielle Verhandlungsgegenstand sein sei. Aber als wesentlich wichtiger noch erscheint es, die Verhandlungen über die Reparationsfrage zu eröffnen.“

Es braucht nicht besonders betont zu werden, welchem Grunde Deutschland ein Interesse an der Fortsetzung einer endgültigen Entscheidung hat. Darüber ist im Reich und in ausländischen Parlamenten oft und viel gesprochen worden.

Es wäre dann weiter festzustellen, daß die deutsche Delegation in Genf weder in der Räumungsfrage noch in den Verhandlungen über das Sicherheitsproblem irgendwelche Zugeständnisse eingegangen ist, die etwa auch die deutsche Regierung oder das deutsche Parlament binden könnten. Es ist weiter festzustellen, daß die deutsche Delegation bis zum Abschluß der Verhandlungen über die Räumungsfrage nicht von dem Standpunkt der einzelnen Verhandlungsgegenstände abgewichen hat. Es ist deutschseits niemals einer oder anderer Zusammenhänge zwischen Räumung und Reparationen anerkannt worden. Allerdings ist zu betonen, daß ein unmittelbarer Erfolg in der Räumungsfrage erzielt worden ist. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Verhandlungen vollkommen erfolgreich geblieben seien. Denn erst einmal die Räumungsfrage offiziell auf die Tagesordnung der internationalen Politik gestellt worden ist, ist von dieser Tagesordnung nicht mehr zu trennen, bis sie ihre Lösung gefunden hat.“

## Bayern fordert eine Länderkonferenz

München, 18. September. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, die Reichsregierung zu einer Länderkonferenz zwecks Aussprache über die Verhandlungen zu ersuchen. Das amtliche Bismarck-Büro hat es nicht für ausreichend, daß sich das Reichskabinett nur durch den Ausschuss des Reichstages beraten läßt. Die Reichsregierung wird demnach durch die bayerische Regierung zu dieser Ministerkonferenz wird demnach begründet, daß Bayern die besten Pfalz besonders lebhaft an dem Ergebnis der Konferenz und den weiteren Folgen interessiert sei.

## Für erhöhten Brotwucher!

In der letzten Sitzung des bayerischen Minister-Rates wurde beschlossen, unverzüglich an die Reichsregierung die Erhöhung der Zollsätze für Getreide zu verlangen und insbesondere zu verlangen, daß die Zollsätze für Getreide allgemein auf die Höhe des deutsch-schwedischen Handelsvertrages gebracht und außerdem die Einfuhr von Getreide höher bewertet werden. Die Erfüllung dieser Forderung würde eine Erhöhung des Zolls auf 1,50 Mark und für die übrigen Getreidearten um 1 Mark pro Doppelzentner bedeuten.

## Reichskabinett bereitet den Wohnungsbau

Berlin, 18. September. Der Haushaltsausschuss der Reichsregierung hat unter dem Vorsitz des Staatsverordnungspräsidenten Dr. v. Winterfeldt eingehend über die Bewilligung von 15 Millionen Mark für den Wohnungsbau in Berlin mit 11 gegen 10 Stimmen beschlossen. Die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Kommunisten mit der Mehrheit. Die Sozialdemokraten und Demokraten sind für den Wohnungsbau, die Kommunisten dagegen für die „Ankuren“, ihnen die Rente vom Gehalt zu streichen. In welchem Wahlsystem die Rente mit der Reaktion die Kommunisten noch treiben werden, ist unklar.

## Parteitag proletarischer Alltagsorgen

Die Wiener Arbeiterzeitung merkt den Parteitag unserer österreichischen Arbeiterpartei wie folgt: Der Parteitag ist beendet. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie hat gesprochen. Kein politisch Denker kann sich dem Eindruck ihrer Worte, dem Eindruck ihrer Beschlüsse entziehen. Jedermann fühlt: von dem Echo, das dieser Parteitag in den Entschlüssen unserer Gegner, der Regierung und ihrer Parteien finden wird, hängt die ganze künftige Entwicklung des politischen Lebens unserer Republik ab.

Gäbe es im Lager der bürgerlichen Parteien noch einen Rest sozialen Gewissens und sozialen Verantwortungsgefühls — sie müßten vor allem durch die Debatte, die sich an Eshendun über die Sozialversicherung und die Arbeitslosenversicherung und an Mentastis über den Pächterzuschuß angeschlossen, mächtig aufgereizt werden. Denn diese beiden Debatten gestalteten sich von selbst zu einer sozialen Enquete. Da studien die Herren jahraus, jahrein über den „Austromarxismus“. Nun, was dieser „Austromarxismus“ in Wirklichkeit ist — diese Debatten haben es gezeigt! Da kam das ganze österreichische Proletariat zu Wort: die Delegierten der Fabrikarbeiter und die Sprecher Heingewerblüher, Lehrlinge, die Lohnknechte des Bergbaues und die Proletarier der großen Landgüter, die Holzgärtner aus den Forsten des Gebirges und die armen Kleinrentner aus den Dörfern des Flachlandes, Hausgehilfen und Hausbesorger aus der Großstadt, Sprecher der arbeitslosen Arbeiter und der arbeitslosen Angestellten, Frauen, die für die armen Bediensteten, Wäscherinnen, Krankenpflegerinnen das Wort führten — das ganze Proletariat in all seiner Mannigfaltigkeit, das ist der „Austromarxismus“. Und die schlichten, einfachen, zuweilen unbeholfenen Worte häuften sich zu einer einzigen furchtbaren Anklage! Diese Klagen aus der Tiefe werden nie von uns so bald vergessen. Als Mahnung werden sie uns bleiben, doppelt fleißig zu arbeiten, doppelt fleißig zu kämpfen für unsere Sache, um unser Land von der Schande der Verweigerung des Notwendigsten an die armen Arbeitslosen, von der Schande der schmählichen Terrorisierung der Proletarier des flachen Landes durch die Aristokraten, die Bräutler, die Probenbauern zu befreien!

Es war das kennzeichnende Merkmal dieses Parteitages, mit welchem Ernst, mit welchem Verantwortungsgefühl, mit welchem umfassendem Blick auf das Ganze des Proletariats er die großen sozialen Probleme des Landes behandelt hat. Auch sein politisch wichtigster Beschluß, der Beschluß über den Mieterzuschuß, ist vor allem durch den Gedanken bestimmt, daß unsere Politik nicht nur die Bedürfnisse Wiens und der großen Städte, sondern ganz ebenso die Bedürfnisse der Proletariermassen in den Kleinstädten und Märkten, in den Industrievororten und Dörfern befriedigen muß. Organisierung einer großzügigen öffentlichen Bautätigkeit — das ist darum die Hauptforderung des Parteitages. Denn das ist das Mittel zur Heberwindung der Wohnungsnot, das ist das wirksamste Mittel zur Heberwindung der Arbeitslosigkeit, das ist das

einzigste Mittel zur dauernden Sicherung des Mieterschutzes, der gespart würde, wenn nicht gebaut wird!

Sind die Bürgerblockparteien bereit, in diesem Sinne über die Lösung des Wohnungsproblems, über die Heberwindung der Wohnungsnot zu verhandeln? Sind sie es, — wir sind bereit. Sind sie es nicht, dann fordert der Beschluß des Parteitages: Auflösung des Nationalrates! Neuwahlen! Das Volk selbst möge entscheiden, was ihm dringender ist: die Sicherung der Hausrentenrente oder die Schaffung von Wohnungen für die Wohnungslosen und von Arbeit für die Arbeitslosen!

Mit dem großen Mietensproblem hängt natürlich das Problem der Abgabenteilung zusammen. Der Regierung ist die Abgabenteilung ein politisches Problem: der Kampf gegen Wien ein Mittel ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Und ist sie ein soziales Problem: Steuerquellen und Steuererträge so zu verteilen, daß sie das Maximum an Fruchtbarkeit für die Vinderung der sozialen Not, für die Lösung der sozialen Probleme des Landes, für die Sicherung der Entwicklungskraft der Arbeiterklasse vor allem bringen. Darum ist die Hoffnung unserer Feinde, in dieser Sache die Genossen, die die Länder mitverwalten und die Gemeinden verwalten, gegen das rote Wien auszuspielen, kläglich gescheitert. Unsere Genossen sind den Ländern verteidigen mit uns das rote Wien, wir Wiener kämpfen mit ihnen für die Befriedigung der finanziellen Lebensnotwendigkeiten ihrer Gemeinden.

Es war ein Parteitag der Tagesorgen des Proletariats. Der Parteitag hat sie mit tiefem Ernst, ohne jede Demagogie, in geschlossener Einmütigkeit behandelt. Aber in der Sorge um die Tagesaufgaben hat der Parteitag doch nicht vergessen, daß wir Sozialisten sind. Nicht vergessen, daß nicht nur der Kampf um die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die geistige Entwicklung der Arbeiterklasse zu sozialistischem Denken, zu sozialistischer Kultur unsere Aufgabe ist. Der Kampf um den Mieterschutz und um den Wohnungsbau — er ist uns ein Kampf darum, daß die kommende Generation unter Bedingungen heranwächst, in denen sie nicht verelendete Lohnknechte, sondern denkende, kampfbereite, fauststarke Kulturmenschen entwickeln. Der Kampf um die dauernde Kommunalisierung des Wohnungsbaues und um die finanziellen Voraussetzungen der Entwicklung des Gemeinwesens überhaupt — es sind uns Kämpfe um die Entwicklung gemeinwirtschaftlicher Keimzellen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. So kämpfen wir in den Kämpfen des Tages für die Entwicklung der subjektiven und der objektiven Voraussetzungen des Sozialismus — seiner Voraussetzungen in der Kultur der Massen und seiner Voraussetzungen in den gesellschaftlichen Einrichtungen. Diese Befreiung der Tageskämpfe um das Stückchen mehr Brot durch das sozialistische Ideal — sie hat sich in seiner großen, begeisternden Schluchrede gefeiert. Sie wird die Kämpfe, in die wir nun gehen, mit dem Enthusiasmus erfüllen, der die Quelle unserer Kraft ist.

## Schwedische Wahlen

Sozialdemokratischer Stimmengewinn, aber Mandatsverlust durch schlechtes Wahlrecht

In Schweden fanden am 15. und 16. September bis auf Stockholm die Wahlen zur zweiten Kammer statt. In der Landeshauptstadt wird erst am 21. September gewählt. Das dortige Ergebnis dürfte aber an dem Gesamtergebnis kaum noch etwas ändern, so daß die eingetretene Stärkung der Rechten und ein nicht unbedeutlicher Rückgang der Sozialdemokratie als gegebenes Faktum betrachtet werden muß.

Die drei letzten Wahlen zur zweiten Kammer hatten folgendes Ergebnis:

	1921	1924	1928
Konservative	62	65	67
Bauernbund	21	23	26
Liberal	—	4	3
Volkspartei	41	29	27
Sozialdemokraten	99	105	83
Kommunisten	7	4	6
	230	230	212

Die Tabelle ergibt nach dem vorläufigen Resultat ohne Stockholm einen Rückgang der sozialdemokratischen Mandate von 104 auf 83. Von den 18 in der schwedischen Hauptstadt zu wählenden Abgeordneten werden voraussichtlich noch 8 auf die Sozialdemokratie entfallen, so daß ein Gesamtverlust von 14 sozialistischen Mandaten zu erwarten wäre, während die Konservativen der

Kommunisten sich einschließlich Stockholm von 4 auf 7 steigern dürfte. Die Konservativen werden voraussichtlich statt bisher 6 insgesamt 7 Mandate erhalten. Der verhältnismäßig starke Rückgang der sozialistischen Mandate ist trotz einer Steigerung der Stimmziffern von 651 543 im Jahre 1924 auf 761 316 bei den diesjährigen Wahlen zu verzeichnen.

Die starke Steigerung der bürgerlichen Stimmen ist zweifellos auf die von der bürgerlichen Presse wochenlang gepredigte „sozialistische Gefahr“ zurückzuführen. Eine ganze Anzahl an sich unbedeutender Vorfälle, wie die Verhaftung sozialistischer Presse- und Handelsvertreter in Stockholm, die Marinemänner der Sowjetflotte in schwedischen Gewässern und ähnliche Vorkommnisse wurden von dem Bürgertum stimmungsgemäß gegen die „Kommunistenfreunde“ Sozialdemokratie ausgebeutet. Auch ein von dem bisherigen völkerverhetzenden Minderheitskabinett Edmann auf sozialistische Initiative hin eingebrachtes Gesetz, das jedes Erbrecht auf Verwandte zweiten Grades nur noch in aufsteigender Linie, also nicht für Väter und Vöter geltend läßt, dürfte die bürgerliche Bevölkerung noch rechtlich getrieben haben.

Schweden ist also vorläufig von der erwarteten sozialistischen Mehrheit „verlorn“ geblieben. Wahrscheinlich wird ein bürgerliches Minderheitskabinett auch weiterhin die Geschicke des Landes im Interesse der vorübergehend aufgestellten Spießbürger leiten.